

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

Protokoll

37. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 07.11.2019
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:29 Uhr
Ort, Raum:	BVV-Saal, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin

Anwesend sind:

Herr Oliver Kociolek	Grüne
Herr Tilo Siewer	Grüne
Herr Jürgen Radloff-Gleitze	SPD
Herr Daniel Schwarz	SPD
Herr Robert Bluhm	DIE LINKE
Frau Petra Schrader	DIE LINKE
Herr Dimitri Golodni	CDU
Herr Clemens Torno	AfD
Frau Heidemarie Depil	JHA BD
Frau Sabine Derwenskus-Böhm	JHA stellv. BD
Frau Andrea Lang	
Herr Dirk Stiebritz	
Frau Monika Goral	Jugendamtsleiterin
Frau Bezirksstadträtin Ramona Reiser	
Frau Monika Fabri	Freigeistige Verbände
Frau Jutta Schauer-Oldenburg	Integrationsausschuss

Sitzungsleitung: Herr Siewer (Vorsitzender)

Protokoll: Frau Ersek (BVV Büro)

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

zu 1 Begrüßung und Genehmigung der TO

Die Tagesordnung wird wie vorliegend behandelt.

**zu 2 Fördervorschlag § 11 SGB VIII (Bezugnahme: Vorstellung am 25.10.2019)
Beschlussfassung**

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit mit 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.
Die Beratung zum Fördervorschlag habe in der Sitzung am 25.10.2019 stattgefunden.

Dem Fördervorschlag wird einstimmig zugestimmt (Ja-Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE, der CDU und 2 Bürgerdeputierte [Herr Mase, Frau Derwenskus-Böhm]).

zu 3

Bildungsmonitoring BE: Frau Rockmann

Der Vorsitzende begrüßt Frau Prof. Dr. Rockmann.

Frau Prof. Dr. Rockmann stellt sich vor und schildert kurz ihren Werdegang in der Wissenschaft als auch in der Verwaltung.

Bezogen auf das Projekt informiert sie, dass der diesbezüglich erste Bericht veröffentlicht sei, u.a. auf der Seite des Bezirks Mitte.

Der Fokus der heutigen Präsentation werde auf die Erkenntnisgewinnung und Nutzung der vorliegenden Daten gelegt. Ziel sei es, den gesamten Bildungsweg abzubilden, beginnend mit Familie und Kita, hin zur Grundschule, dann zur weiterführenden Schulen bis zum Verlassen der allgemeinbildenden Schulen. Das Projekt befinde sich aktuell in der Familien- und Kita-Phase.

Zu den Datengrundlagen gehören die SBJ-Verfahren, die Einschulungsuntersuchungen (ESU), die Erhebungen des Schulamtes sowie die Einschätzungen der Eltern über ihre Kinder. Aufgrund des konkreten regionalen Bezugs seien regionale Auswertungen möglich. Für die Erkenntnisgewinnung werden sämtliche herangezogene Daten verknüpft.

Dies sei datenschutzrechtlich geklärt. Anhand von Beispielen, ohne die konkrete Kita zu benennen, wird dem Ausschuss die Vorgehensweise erläutert.

Frau Samuray (BA Mitte) sehe darin eine gute Grundlage für die zu planenden Fördermaßnahmen.

Frau Prof. Dr. Rockmann bittet zu prüfen, welche Indikatoren aus dem Datenpool für die Fortführung des Projekts fortgeschrieben werden sollten.

Der Vorsitzende betont, dass das vorgestellte Tool eine gute Grundlage für die immer wieder diskutierte passgenaue Förder- und Maßnahmeplanung sei. Der Vortrag zeige, dass die Zahlen allein für eine Bewertung nicht ausreichen, sondern es einer Definition von Indikatoren bedarf. Er empfehle, Analysen zu konkreten Einrichtungen nicht in einer öffentlichen Sitzung allzu detailliert zu besprechen, sondern ggf. in Arbeitsgruppen zu behandeln.

Zur Förderung des deutschen Sprachstands der Kinder werden verschiedene Ansätze besprochen. Frau Schauer-Oldenburg (BüDep) regt an, die Eltern in die Förderung mit einzubeziehen. Frau Depil (BüDep) regt an, die Wiedereinführung der Vorschulklassen zu prüfen.

Frau Prof. Dr. Rockmann berichtet, dass viele Schulen in der Tat die ersten Klassen erst auf die Schule vorbereiten müssen, mit verschiedenen Ursachen. Die Kinder kommen in der Regel nicht mehr im Verbund aus demselben Kindergarten in die erste Klasse und seien daher sehr unterschiedlich „vorbereitet“. Zudem mache sich das Fehlen der Vorschulen bemerkbar.

Das Jugendamt sehe in der vorgestellten Datenanalyse eine gute Grundlage für die zu planenden Fördermaßnahmen. Es werde erwogen, Einzelgespräche mit den Kitas und ggf. Schulen auf Basis derer konkreter Daten zu führen.

Frau Goral (BA Mitte) berichtet, dass der Bezirk Mitte ein überragendes Konzept zum Übergang von Kitas in Schulen habe. Mithilfe der hier vorgestellten Auswertungen sollte das Konzept nochmal neu bewertet werden, z.B. im Rahmen einer Arbeitsgruppe.

Der Vorsitzende bittet das Jugendamt zur Sitzung im Januar 2020 zwei Termine vorzuschlagen.

zu 4

Ausbildung und Praktikum im Bezirksamt BE: BA Mitte von Berlin

Der Vorsitzende erfragt, ob dem Gast, Herrn BV Kurt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zu diesem Tagesordnungspunkt ein Rederecht gewährt wird. Dies ist der Fall.

Im Rahmen des Partizipations- und Integrationsgesetzes Berlin strebt die Berliner Verwaltung an, den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen.

Der Hintergrund zu diesem Tagesordnungspunkt sei der Bericht des „Berlin braucht dich! (Projekt des Beruflichen Qualitätsnetzwerks – BQN -)“ zu Auszubildenden mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung Berlins, aus dem insb. für den Bezirk Mitte eine sehr niedrige Quote zu entnehmen sei. Dem stehe eine sehr hohe Quote an Schulabgänger*innen mit Migrationshintergrund gegenüber, bei Sekundarschulen liege diese bei ca. 80%.

Die Datengrundlage werfe ergänzend Fragen auf.

Der Vorsitzende verweist ergänzend auf die Schriftliche Anfrage 0670/V, „Warum spiegelt die Zusammensetzung der Verwaltung die Vielfalt des Bezirks nicht wieder?“.

Herr BV Kurt ruft in Erinnerung, dass zu diesem Thema seit mehreren Jahren in der BVV Debatten geführt werden. Die bestehenden Instrumente seien offenbar nicht geeignet, Auswertungen vorzunehmen, sodass er um die Erarbeitung geeigneter Instrumente bitte, um den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund abbilden und am Anteil der Bevölkerung im Bezirk ausrichten zu können.

Herr Eimler (BA Mitte, Ausbildungsleiter) berichtet zur Situation im Bezirksamt und bezieht sich dabei auf den Entwurf zum Antrag 2140/V, „Sprachliche Vielfalt auch bei der Vergabe von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen im Bezirksamt berücksichtigen“, in dem die statistische Auswertung des BQN, resp. „Berlin braucht dich!“, der mit der Senatsverwaltung für Inneres sowie der Senatsverwaltung für Finanzen zusammenarbeite, erwähnt werde. Die dort veröffentlichten Zahlen könne er für Mitte nicht bestätigen. BQN befrage jährlich mithilfe von Fragebögen auf freiwilliger Basis. Der Rücklauf dieser Bögen in Mitte tendiere gen Null. Somit sei unklar, worauf sich die Auswertungen des BQN beziehen. In der Praxis werde im Bezirksamt Mitte der Migrationshintergrund nicht erfragt und somit auch nicht thematisiert. Die betreffenden Personen selbst thematisieren das ebenfalls nicht. Das Bewerbings- bzw.- Auswahlverfahren erfolge in der ersten Phase mithilfe eines Online-Tests, das in einem Prüfverfahren durch die öffentliche Verwaltung als auch durch eine begleitende wissenschaftliche Untersuchung als geeignet befunden worden sei. Auf mehrere Nachfragen aus dem Ausschuss eingehend, berichtet Herr Eimler, dass das Risiko, den Bewerber*innen könnte beim Online-Test eine weitere Person geholfen haben, als sehr gering eingestuft werde. Die einzugebenden Kriterien prüfen ausschließlich die Fähigkeiten und die Eignung. Für das Absolvieren der Ausbildung seien aufgrund der Rechtslastigkeit der Fächer sehr gute Kenntnisse der deutschen Sprache eine zwingende Voraussetzung. Kenntnisse in weiteren Sprachen können zwar abgefragt, jedoch nicht in die Bewertung aufgenommen werden, da andernfalls die Bewerber*innen ohne zusätzliche Sprachkenntnisse benachteiligt würden. Mehrsprachigkeit als Auswahlkriterium komme erst bei gleichem Punktestand zwischen zwei Bewerbungen zur Anwendung. Im Jahr 2019 haben sich etwa 850 Personen beworben, von diesen haben 100 die Hürde überwunden und sind zum persönlichen Gespräch eingeladen worden. Der Migrationshintergrund werde bei dem Online-Test nicht erfragt, sodass nicht bekannt sei, wie viele der Bewerber*innen einen Migrationshintergrund haben. Bei mindestens 10-15 Personen der 91 in Ausbildung befindlichen Beschäftigten im Bezirk Mitte nehme er diesen an. Das Bezirksamt präsentiere sich auf Messen und in Schulen, da sich nur sehr wenige Jugendliche bewerben. Die Anzahl der Bewerbungen von im Bezirk Mitte wohnhaften Personen sei noch geringer.

Der Bezirk Mitte sei einer von wenigen Bezirken, die mit BQN zusammenarbeiten und regelmäßig an den Besprechungen teilnehmen.

Herr Eimler hält fest, dass der Bezirk Mitte zur Partizipation und Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Praxis sehr aktiv sei. Der Eindruck, der offenbar vorliege, täusche.

Auf mehrere Nachfragen zum Bereich „Praktika“ berichtet Herr Eimler, dass dieses Teil des Zielsystems sei, zu dem quartalsweise berichtet werde. Das Engagement des Jugendamts bspw. sei sehr hoch. Es gebe eine Kooperationsvereinbarung mit der Ernst-Schering-Schule mit festen Kontingenten. Ein weiteres Projekt soll es mit der Herbert-Hoover-Schule.

Über Schulpraktika bzw. Praktika im Rahmen des OSZ-Besuchs seien Quereinstiege in die Verwaltung möglich.

Frau Fabri (beratendes Mitglied) und Herr Wichert regen an, Jugendlichen eine Vorbereitungsmöglichkeit anzubieten, um den Einstiegstest bestehen zu können.

Frau BV Schrader von der Fraktion DIE LINKE schließt daran an, und bittet, die Qualität der Eignungstests in Hinblick auf die Chancengleichheit zu prüfen.

Frau Fabri erkundigt sich, in welchen Bereichen Jugendliche mit Migrationshintergrund eingesetzt werden.

Herr BV Torno von der Fraktion der AfD merkt in Richtung Herrn BV Kurt an, dass im Rahmen des Allgemeine Gleichstellungsgesetzes die fachliche Eignung vordergründig sei, nicht das Geschlecht und nicht die Ethnie. Richtig sei, dass Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft nicht benachteiligt werden dürfen. Der Bewerberprozess zeige, dass keine Benachteiligung vorliege. Andernfalls können Schadenersatzansprüche gestellt werden. Er lobt daher den Bericht des Bezirksamts.

Herr Eimler informiert, dass es bisher keine Klagen gegeben habe.

Herr BV Bluhm von der Fraktion DIE LINKE berichtet von seinen Erfahrungen und Erkenntnissen als Beschäftigter im Bezirksamt Pankow. Unter den Bewerbern könne bei etwa 30% augenscheinlich ein Migrationshintergrund angenommen werden. In der Gruppe der Trainees sei der Anteil noch höher. Das Land Berlin unternehme viel. Die im Bezirk Mitte geschlossenen Kooperationen begrüße er. Bezüglich der Verwaltungs- oder Rechtssprache weist er darauf hin, dass auch schon notwendig sei, dem Unterricht folgen zu können, um die Verwaltungssprache erlernen zu können.

Frau Goral (BA Mitte) berichtet, dass in sämtlichen Bereichen des Jugendamts Mitarbeiter*innen mit einer hohen interkulturellen Kompetenz benötigt werden und es eine hohe Herausforderung sei, geeignete Beschäftigte zu finden. In den Bewerbungsverfahren werde darauf ein hohes Augenmerk gelegt. Der Migrationshintergrund beinhalte die interkulturelle Kompetenz nicht immer. Die Beschäftigten des Jugendamts werden unterschiedlich rekrutiert, da nur etwa die Hälfte im Verwaltungsbereich arbeite. Dass die BVV sich mit dem Thema beschäftige und auf der „To-Do-Liste“ habe, begrüße sie, sei aber sehr komplex und könne hier nicht ausführlich erörtert werden.

Herr BV Kurt bezieht sich auf die bisherigen Ausführungen des Bezirksamts zu den vielen Bemühungen und Engagements und hinterfragt weiterhin die niedrige Quote der Auszubildenden mit Migrationshintergrund. Er erfragt alle anwesenden nach dem politischen Willen, konkret, ob gewünscht sei, dass die Beschäftigten in der Verwaltung die Bevölkerung des Bezirks repräsentieren. Die drei Maßnahmen reichen seiner Auffassung nach nicht aus. Aus der niedrigen Quote schließe er, dass es eine Benachteiligung gebe. Er habe den Eindruck, dass dieses Thema von der Verwaltung bewusst ausgesessen werde, bis nach dem PartIntG der Migrationshintergrund in der 4.

Generation von Menschen mit zugeschriebenem Migrationshintergrund nicht mehr erfasst werde und dadurch für die Verwaltung kein Handlungsbedarf mehr bestünde.

Er erkundigt sich, wie viele den Eignungstest nicht bestanden haben und worin das Bezirksamt ggf. die Probleme sehe.

Herr Wichert berichtet, dass die von ihm betreuten Jugendlichen die Eignungstests nicht ohne Unterstützung bewältigen. Er erkundigt sich nach entsprechenden Fördermöglichkeiten.

Debatte zum Antragsentwurf:

Der Vorsitzende erläutert die Intention des Ausschussantrags. Etwa 80% der Schulabgänger haben einen Migrationshintergrund. Die Quote der aufgenommenen Auszubildenden liege jedoch lediglich bei 15%. Er sehe die Gefahr, dass ganze Bevölkerungsgruppen von der Beschäftigung in der Bezirksverwaltung abgehängt werden. Seiner Auffassung nach liege hier ein großes strukturelles Problem vor. Zudem scheine es, als sei die Verwaltung auf die Situation nach 2015 nicht auf alles vorbereitet. Die Verwaltung hätte von u.a. arabischen Sprachkenntnissen oder Farsi profitieren können. Der Bezirk habe ein enormes Potenzial. Die statistischen Abweichungen seien zu groß, um mit dem Leistungsprinzip oder der Bestenauslese argumentieren zu können. Um dem gegenzusteuern, sollten die vielfältigen Sprachkenntnisse als Bonuspunkt in die Auswahl aufgenommen werden. Die Jugendlichen wären eventuell motivierter, sich zu bewerben, da sie sich in ihren Kompetenzen angesprochen fühlen. Er verweist auf § 4 des Partizipationsgesetzes.

Herr BV Schwarz von der Fraktion der SPD unterstützt den Antrag ausdrücklich, sehe aber auch, dass das Bezirksamt die Forderungen bereits umsetze. Es sei daher nicht sichergestellt, dass sich damit die Quote erhöhe.

Herr BV Bluhm unterstützt den Antrag ebenfalls. Er sehe jedoch ein strategisches Problem, da sich die avisierte Zielgruppe den Ausführungen des Bezirksamts folgend offenbar nicht bei der Bezirksverwaltung bewerbe. Es müsse daher viel früher angesetzt werden. Zudem müsse geprüft werden, wie die zusätzlichen Sprachkenntnisse gemessen werden könnten.

Frau Depil unterstützt den Antrag ebenso, gibt aber zu bedenken, dass die zusätzlichen Sprachkenntnisse nicht als Voraussetzung gedeutet werden sollten. Vielmehr sollten es besonders gewünschte Kompetenzen, nicht Qualifikationen, sein.

Herr BV Torno unterstützt den Antrag mit der von Frau Depil vorgeschlagenen Änderung. Er rate jedoch davon ab, über eine Quote steuern zu wollen. Die BVV sollte der Verwaltung in dieser Hinsicht keine Vorschriften geben. Der Antrag sollte nicht darauf hinauslaufen, dass der Herkunft ein Vorzug gegeben werde. Der Fokus sollte bei der Qualifikation liegen, somit scheine es bereits bei der Schulausbildung Mängel zu geben. Die Bildungsmängel können nicht von der Verwaltung gelöst werden. Es sei ein strukturelles Problem.

Herr BV Golodni befürwortet das Anliegen, merkt aber an, dass der Antrag sehr spät ansetze. Die Hürde, sich bei der Verwaltung zu bewerben, sei für Bürger*innen mit Migrationshintergrund zum Teil zu hoch. Er bittet die Abstimmung zu vertagen, da er sich mit seiner Fraktion beraten möchte. Er erinnert zudem an die letzten Ausführungen Herrn Eimlers, wonach nicht nur der Migrationshintergrund nicht abgebildet werde, es werde gar kein Hintergrund abgebildet. Die Bewerbungen gehen aus dem gesamten Bundesgebiet ein.

Der Vertagung stimmen drei Mitglieder zu, sieben stimmen dagegen.

Der Antragsentwurf werde um das Wort „Kompetenz“ ergänzt“. Zudem sollen die Sprachen in der Ausschreibung genannt werden.

Der Antragsentwurf wird mit diesen Änderungen einstimmig der BVV vorgelegt (Ja-Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und 4 Bürgerdeputierte, 0 Nein-Stimmen, Enthaltungen der Fraktionen der CDU und der AfD).

zu 5 **Genehmigung der Protokolle**
zu 5.1 **zur 33. Sitzung am 08.08.2019**

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

zu 5.2 zur 35. Sitzung am 30.09.2019

Der TOP wird vertagt.

zu 5.3 zur 36. Sitzung am 25.10.2019

Der TOP wird vertagt.

zu 6 Mitteilungen

zu 6.1 des JHA-Vorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

zu 6.2 des Bezirksamtes

Ergänzend zu den bereits vorab schriftlich übersandten Mitteilungen informiert Frau BzStRätin Reiser zur Kinderschutzkonferenz unter dem Thema „nichts unversucht lassen“, konkret „Erfahrungen mit Sucht in Familien“, die am 06.11.2019 stattgefunden habe. Die Konferenz sei sehr gut besucht gewesen mit einer hohen Beteiligung an den vielen Workshops.

Am 25.11.2019 werde die Spielplatzkommission tagen. Sie bittet, in einer der nächsten JHA-Sitzungen eine Vertreterin oder einen Vertreter aus dem JHA nach zu wählen. Die Sitzung sei öffentlich.

Der Vorsitzende bittet das Jugendamt, auch für die offenen Positionen der Bürgerdeputierten Vorschläge aufzubereiten.

Auf Nachfrage von Frau Depil informiert der Vorsitzende, dass der Beschluss bezüglich der WAB-Gruppen morgen an den Landes-JHA übersandt werde.

zu 7 Aktuelle Viertelstunde

SPD – Herr Schwarz:

Im Bezirk Neukölln sei der Vertrag mit einem Träger gekündigt worden, Herrn Carsten Stahl, woraufhin es u.a. eine Anzeige gegen die JHA-Vorsitzende in ihrer Fraktion gegeben habe. Er erkundigt sich, ob es im Bezirk Mitte eine Zusammenarbeit und Erfahrungen mit Herrn Stahl gebe.

Die Antwort des Bezirksamts wird nachgereicht.

AfD – Herr Torno:

Im ZDF habe es im Oktober eine Reportage über das Kinderschutzteam des Bezirks Mitte gegeben, wonach dieses mit nur drei Stellen besetzt und überlastet sei. Frau Goral erläutert, dass in dem Bericht sämtliche Jugendämter bundesweit dargestellt worden seien. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung in Mitte sei dieses Problem thematisiert worden. Es seien auch Steuerungsmaßnahmen erarbeitet worden, die einer kommenden Sitzungen vertiefend beschrieben werden können. Sie hoffe, dass die Anpassung des TV-L ab 01.01.2020 der Fluktuation entgegen wirken werde.

Der Vorsitzende bittet, in der kommenden Sitzung weiter dazu zu berichten.

Bürgerdeputierte

Auf Nachfrage von **Frau Derwenskus-Böhm (BüDep)** informiert Herr Lehmann (BA Mitte), dass von den 40 geplanten Mokib-Standorten in Berlin nur 9 realisiert werden können, das im Bezirk Mitte befindet sich in der Schmidstraße 4. Die somit freigerechneten Mittel aus diesem Programm können von Trägern zur Weiterentwicklung von Kita-Standorten beantragt werden. Der Bezirk Mitte müsste über ein solches Grundstück verfügen, um eine Ausschreibung einzuleiten. Es würde dann eine individuelle Kita gebaut, kein Mokib.

Auf Nachfrage von Frau Lang (BüDep) bezüglich der bezirklichen Teilhabebeiräte, die im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes zum Januar 2020 starten sollen, berichtet Frau Goral (BA Mitte) dass zum 01.01.2020 ein Teilhabefachdienst installiert werde. Es werde ein Eingangsmanagement geben, sowie ein von allen Jugendamtsleiter*innen abgegebenes Leistungsversprechen, mit dem Ziel, einen einheitlichen Zugang zu den Leistungen zu konzipieren. Bezirksamtsintern werde es für die Gestaltung der Prozesse eine Arbeitsgruppe geben. Im kommenden Jahr werde im JHA näher dazu berichtet. Frau Lang bittet, die Berichte der AG nach § 78 an einen früheren Punkt der Tagesordnung anzusetzen.

Frau Depil (BüDep) erkundigt sich, ob die beiden Beteiligungsstellen im Bezirksamt angesetzt werden oder beim Träger. Herr Lehmann berichtet, dass diese beim Kinder- und Jugendbüro eingerichtet werden. Das Verhältnis werde noch geklärt.

Herr Mase erkundigt sich bezugnehmend auf die vorab übersandte Unterlage zu § 13, wie die teilweise enormen Steigerungen der Schulstationen als auch die erforderlichen Mehrkosten für die Träger umgesetzt werden. Frau Goral erläutert, dass die Tarifsteigerungen im Rahmen der Haushaltsaufstellung als Schätzung eingeplant worden seien. Zur Frage der Schulstationen werde eine Antwort nachgereicht.

zu 8 Berichterstattung aus den AG'en 78

Herr Kühbauer, AG Kiezplenum/Sparrplatz

Bezugnehmend auf den Anschlag in Halle, an dem Jugendliche beteiligt waren, plädiert er dafür, präventive Maßnahmen für Jugendliche in Mitte einzurichten. Er erkundigt sich, ob das Jugendamt entsprechende Überlegungen angestellt habe. Die Behandlung des Themas wird vertagt.

Frau Kroggel, AG schulbezogene Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit

Der erarbeitete Handlungsleitfaden, an dem sie zum Teil mitgewirkt haben, werde positiv aufgenommen. Positiv sei, dass die Sozialarbeit vom System Schule abgegrenzt werden könne. Kritisch werde gesehen, dass der Handlungsleitfaden Erwartungen wecken könnte, die in der Realität zum Teil in der Art nicht umsetzbar seien. Es wird zudem kritisch angemerkt, dass die Debatte zu „Schule“, die im Sommer vertagt wurde, bislang nicht auf die Tagesordnung des JHA gesetzt worden sei, dafür aber die Debatte zur Ausbildung einen größeren Zeitrahmen erhielt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Wünsche zur Tagesordnung per E-Mail bei ihm angemeldet werden können.

Bezüglich des vertagten Antrags des Kiezplenums Sparrplatz bittet der Vorsitzende das Bezirksamt, zwei oder drei Rechnungsmodelle zu erarbeiten, die dem JHA vorgelegt werden können.

Frau BV Schrader von der Fraktion DIE LINKE bittet § 42 Abs. 4 des AG-KJHG einzubeziehen.

Frau Goral weist darauf hin, dass das Land Berlin in der Umsetzungsverantwortung sei, somit geklärt werden müsse, ob das Bezirksamt hier Beiträger erarbeiten könne.

zu 9 Beratung von Drucksachen

zu 9.1 Spielplätze evaluieren und bauen

Drucksache: 1955/V

Die Fraktion der SPD zieht den von ihr gestellten Änderungsantrag zurück.

Die Drucksache wird vertagt.

**zu 9.2 Sitzungskalender 2020
Drucksache: 2067/V**

Der **Jugendhilfeausschuss** empfiehlt einstimmig die Annahme der geänderten Vorlage zur Beschlussfassung. **Der Sitzungstermin am 06.02.2020 soll auf den 12.02.2020 verschoben werden** (2 Ja-Stimmen der Fraktion Bü90/ Die Grünen, 2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion Die Linke, 1 Ja-Stimme der Fraktion der CDU, 1 Ja-Stimme der Fraktion der AfD, 4 Ja-Stimmen der BüDep, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

**zu 9.3 Pilotprojekt entwickeln, um mehr Mädchen und junge Frauen für den Sport zu begeistern
Drucksache: 2106/V**

Herr Torno (AfD) möchte dem Antrag als zusätzliche Position den Integrationsbeauftragten hinzufügen. Nach kurzer Diskussion wird darüber abgestimmt und der Vorschlag wird abgelehnt (2 Nein-Stimmen der Fraktion Bü90/ Die Grünen, 2 Nein-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Nein-Stimmen der Fraktion Die Linke, 4 Nein-Stimmen der BüDep, 1 Ja-Stimme der Fraktion der AfD, 1 Enthaltung der Fraktion der CDU).

Anschließend wird über den Antrag in unveränderter Fassung abgestimmt.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der BVV einstimmig die Annahme des Antrags (2 Ja-Stimmen der Fraktion Bü90/ Die Grünen, 2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion Die Linke, 1 Ja-Stimme der Fraktion der CDU, 4 Ja-Stimmen der BüDep, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung der Fraktion der AfD).

zu 10 Verschiedenes

Auf Nachfrage von Frau Goral stimmt der JHA zu, die Sitzung im Dezember 2019 im „Blauen Haus“ durchzuführen.

Frau Depil entschuldigt sich für ihr Fehlen in der vergangenen Sitzung. Der Termin sei nicht mehr präsent und in der Liste nicht sichtbar gewesen.

gez.
Tilo Siewer
Vorsitzender

Ersek
BVV 100